

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
**des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und
Arbeitsförderung**

am Mittwoch, **02.11.2016**, 17:20 Uhr – 20:32 Uhr,
Rotunde, Stadthaus 3, Albersloher Weg 33, 48155 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion:

Richard-Michael Halberstadt, Babette Lichtenstein-van Lengerich, Christel Loschelder, Karin Reismann, Peter Wolfgarten (bis 20:15 Uhr), Marc Würfel-Elberg,

von der SPD-Fraktion:

Doris Feldmann, Thomas Kollmann, Ursula Loroch, Meik Tafelski, Maria Winkel,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL:

Dr. Brigitte Hasenjürgen, Otto Reiners, Udo Schröder-Hörster, Harald Wölter,

von der FDP-Fraktion:

Claudia Grönefeld (bis 19:30 Uhr),

von der Fraktion DIE LINKE.:

Martin Scholz (bis 20:30 Uhr),

auf Vorschlag der Ratsgruppe Piraten/ÖDP:

Joachim Bruns,

Sachkundige Einwohner/innen:

Yildirim Eroglu (bis 20:20 Uhr), Otmar Knüvener (bis 20:03 Uhr), Martin Schofer (bis 20:20 Uhr), Gudrun Sturm, Arnold Voskamp,

von der Verwaltung:

Stadträtin Cornelia Wilkens, Dagmar Arnkens-Homann, Ralf Bierstedt, Felix Graf von Plettenberg, Susanne Havermeier, Jochen Köhnke, Dr. med. Michael Lürwer, Florian Meyer, Dr. Rainer Neumann, Axel Niemeyer, Marcus Schölling, Dr. Norbert Schulze Kalthoff, Helga Sonntag, Daniela Stemmer, Christine Westphal, Petra Woldt,

für die Schriftführung:

Barbara Hamisch,

Es fehlte/n:

Gaby Comos-Aldejohann, Sven Gotthal, Elke Haves, Christoph Kattentidt, Sylvia Rietenberg,

Gäste:

- Herr Joachim Fahnenmann, Leiter der Agentur für Arbeit Ahlen-Münster
- Herr Dr. Michael Lucas, Geschäftsführer der Klarastift gGmbH
- Herr Franz-Josef Dierkes, Wirtschaftsprüfer der Altenzentrum Klarastift gGmbH

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung am 02.11.2016

Tagesordnung**Öffentliche Sitzung**

- | | |
|--------------------------|--|
| | 1. Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. Festsetzung der Tagesordnung |
| | 3. Eingänge und Mitteilungen |
| | 3.1. Eingänge |
| | 3.2. Mitteilungen |
| | 4. Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses |
| | 5. Berufliche Integration von Flüchtlingen - Mündlicher Bericht der Agentur für Arbeit und des Jobcenters |
| <u>V/0858/2016</u>
V | 6. Eckpunkte, Rahmenbedingungen und Zielvorstellungen 2017 in der Grundsicherung für Arbeitsuchende |
| <u>V/0849/2016</u>
V | 7. Basisinformationen Jobcenter Stadt Münster |
| <u>V/0765/2016</u>
IV | 8. Kommunale Projekte im Übergang Schule - Beruf |

<u>V/0486/2016</u> I	9.	Rechts- und Ausländeramt stärken Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen / GAL und der CDU-Fraktion im Rat vom 06.04.2016 "Rechts- und Ausländeramt stärken" (A- R/0020/2016)
<u>V/0563/2016</u> V	10.	Integrationsmonitoring 2015
<u>V/0348/2016/1</u> II	11.	„Modell: Münster-Integration – Unusual aspects of integration oder Die andere Blickrichtung in / für Westfalen auf Integration“ hier: Modellbauprojekt „Wohnen für Alle“
<u>V/0881/2016</u> V	12.	Bewerbung zur Teilnahme am "Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus" (2017-2020) der Ev. Fami- lienbildungsstätte Münster
	13.	Taschengeldbörse (Kommunale Seniorenvertre- tung)
<u>V/0745/2016</u> V	14.	Städtische Zuschüsse in Aufgabenbereichen mit Beratungskompetenz des ASSGVAf: Vorbereitung der Beratung von Haushaltsanträgen, Bildung von Zuschussgruppen, Richtlinien
<u>V/0820/2016</u> V	15.	Anträge zum Haushalt 2017 (Produktgruppen 0116, 0501, 0502, 0503, 0701 und 1003): Überblick
<u>V/0816/2016</u> V	16.	Die Novellierung der Trinkwasserverordnung (TrinkwV): Auswirkungen in und für die Stadt Münster
	17.	Verschiedenes

Herr Kollmann eröffnete um 17:20 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung fest.

Als neue Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung begrüßte Herr Kollmann:

- Herrn Udo Schröder-Hörster
- Frau Maria Winkel

Als Gäste begrüßte Herr Kollmann Herrn Dierkes, Herrn Fahnmann und Herrn Dr. Lucas.

Punkt 1 der Tagesordnung

Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder

Nach Verlesen der Verpflichtungsformel durch Herrn Schröder-Hörster verpflichtete Herr Kollmann ihn mit Handschlag.

Punkt 2 der Tagesordnung**Festsetzung der Tagesordnung**

Herr Reiners beantragte, die unter TOP 11 aufgeführte Vorlage V/0348/2016/1 „Modell: Münster-Integration – Unusual aspects of integration oder Die andere Blickrichtung in / für Westfalen auf Integration“ hier: Modellbauprojekt „Wohnen für Alle“ von der Tagesordnung abzusetzen. Mehrere Mitglieder stimmten diesem Ansinnen zu und wiesen auf den noch bestehenden Beratungsbedarf hin, insbesondere auch im Hinblick auf die Ergebnisse der für den 18.11.2016 geplanten Veranstaltung des Bundes Deutscher Architekten.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss einstimmig, die Vorlage ohne Aussprache von der Tagesordnung abzusetzen und in die nächste Beratungskette zu schieben.

Frau Winkel beantragte, die unter TOP 8 aufgeführte Vorlage V/0765/2016 „Kommunale Projekte im Übergang Schule – Beruf“ von der Tagesordnung abzusetzen und in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung am 23.11.2016 zu beraten. Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss diesen Antrag einstimmig.

Frau Winkel beantragte, die unter TOP 9 aufgeführte Vorlage V/0486/2016 „Rechts- und Ausländeramt stärken - Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen / GAL und der CDU-Fraktion im Rat vom 06.04.2016 "Rechts- und Ausländeramt stärken" (A-R/0020/2016)“ von der Tagesordnung abzusetzen. Herr Kollmann schlug vor, die Vorlage angesichts der Präsenz der zuständigen Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung zu beraten, aber nicht zur Abstimmung zu stellen. Daraufhin beschloss der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung einstimmig, die Vorlage zu diskutieren, aber nicht zu beschließen.

Punkt 3 der Tagesordnung**Eingänge und Mitteilungen****Punkt 3.1 der Tagesordnung****Eingänge**

Keine.

Punkt 3.2 der Tagesordnung**Mitteilungen****Frau Arnkens-Homann**

3.2.1 informierte zur Flüchtlingssituation. Die Information ist der Niederschrift beigefügt – **Anlage 1**.

Frau Stadträtin Wilkens und Frau Arnkens-Homann beantworteten Fragen der Mitglieder. Mitglieder verschiedener Fraktionen lobten die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer sowie die Verwaltung für die engagierte Arbeit in der Flüchtlingshilfe. Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung quittierte die Äußerungen mit Beifall.

Frau Arnkens-Homann thematisierte die Anfrage der CDU-Fraktion zu den Aufwendungen für das Flüchtlingskonzept. Die Antwort solle dem Politischen Arbeitskreis Flüchtlinge und zeitgleich den Fraktionen bzw. der Ratsgruppe zur Verfügung gestellt werden. Herr Kollmann erklärte sich im Namen des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

- 3.2.2 berichtete über die Situation von in Münster lebenden EU-Bürgerinnen und -Bürgern in prekären Lebenslagen. Der Bericht ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 2**. Frau Arnkens-Homann sagte die in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung am 14.09.2016 bereits angekündigte Vorlage zu den Entwicklungen und wachsenden Herausforderungen in der Wohnungslosenhilfe für die Sitzung am 23.11.2016 verbindlich zu.
- 3.2.3 gab Informationen zum Landfahrerplatz. Die Information ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 3**.
- 3.2.4 stellte den Stand der Suche nach einer Immobilie für das Frauenhaus Wolbeck (Frauenhaus und Beratung e. V.) dar. Der Bericht ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 4**. Frau Arnkens-Homann beantwortete Fragen der Mitglieder und sagte Informationen zum aktuellen Stand für die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung am 23.11.2016 zu.
- 3.2.5 erwähnte folgende Unterlagen, die Mitglieder zur Sitzung erhalten hatten
- Flyer zur Tagung „Palliativversorgung und Hospizarbeit in Münster“ am 3. November 2016
 - Information zum Münster-Pass

Herr Dr. Schulze Kalthoff

- 3.2.6 ergänzte die Informationen in der Vorlage V/0676/2016 „Qualitätsmanagement in der Kita- und Schulverpflegung - Bericht 2012 – 2016“, die dem Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung zur Sitzung am 14.09.2016 zur Kenntnis gegeben worden war. Die Ergänzungen sind der Niederschrift beigelegt – **Anlage 5**.

Herr Reiners bat um eine Information zum Verhältnis von fleischhaltiger Kost zu vegetarischer Kost. Herr Dr. Schulze Kalthoff sagte eine Mitteilung hierzu bis zur nächsten Sitzung zu.

- 3.2.7 machte auf den Fachtag „Wohnraum für alle – Gleichberechtigter Zugang für Menschen mit psychischen Erkrankungen, Suchterkrankungen und/ oder geistiger Behinderung“ am 14.11.2016 und den dazu als Tischvorlage verteilten Flyer aufmerksam. Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung seien herzlich eingeladen. Die Ausführungen sind der Niederschrift beigelegt – **Anlage 6**.

Herr Kollmann

- 3.2.8 erinnerte an das für den 17.11.2016 geplante Fachhearing „Milieuschutzsatzung für Münster“ und lud die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung zur Teilnahme ein. Die Anmeldungen können

über die Büros der Fraktionen und der Ratsgruppe vorgenommen werden, die entsprechende Einladungen und Anmeldeformulare erhalten haben.

Punkt 4 der Tagesordnung

Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Herr Kollmann stellte fest, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL „Bericht über die Situation von in Münster lebenden EU-Bürger*innen in prekären Lebenslagen“ bereits unter dem Tagesordnungspunkt 3.2 „Mitteilungen“ thematisiert wurde.

Punkt 5 der Tagesordnung

Berufliche Integration von Flüchtlingen - Mündlicher Bericht der Agentur für Arbeit und des Jobcenters

Frau Arnkens-Homann führte in die Thematik ein und verwies auf die per mail gestellte Anfrage der CDU-Fraktion vom 01.09.2016. Die CDU-Fraktion hatte mit dieser mail 8 Fragen zur Flüchtlingssituation und hier insbesondere zur beruflichen Qualifizierung und Integration gestellt. Gleichzeitig hatte die CDU-Fraktion um eine persönliche Berichterstattung durch die Agentur für Arbeit und das Jobcenter Münster gebeten.

Die Anfrage der CDU-Fraktion ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 7**.

Frau Arnkens-Homann beantwortete die Fragen 1, 2 und 8 aus dem Fragenkatalog der CDU-Fraktion.

Anschließend begrüßte Herr Kollmann Herrn Fahnemann und dankte für sein Kommen und die Bereitschaft, zu den Fragen Stellung zu nehmen. Gegen den Vorschlag von Herrn Kollmann, Herrn Fahnemann Rederecht zu erteilen, wurde kein Widerspruch erhoben.

Herr Fahnemann nahm zu den Fragen der beruflichen Integration von Flüchtlingen Stellung.

Herr Bierstedt antwortete aus Sicht des Jobcenters Münster.

Herr Fahnemann, Herr Bierstedt und Frau Arnkens-Homann beantworteten Fragen der Mitglieder.

Frau Lichtenstein-van Lengerich regte eine regelmäßige Berichterstattung im Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung über die Qualifizierung und berufliche Integration von Flüchtlingen an. Frau Arnkens-Homann und Herr Bierstedt sagten eine diesbezügliche Berichterstattung zweimal jährlich entweder unter Mitteilungen oder als Berichtsvorlage zu.

Herr Knüvener schlug vor, in diesem Berichtszusammenhang auch auf Flüchtlinge mit Behinderungen einzugehen.

Die Ausführungen von Frau Arnkens-Homann und Herrn Bierstedt sowie Herrn Fahnemann sind der Niederschrift beigelegt – **Anlagen 8 und 9**.

Herr Bierstedt stellte die Vorlage vor.

Frau Stadträtin Wilkens und Herr Bierstedt beantworteten Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss mehrheitlich bei einer Gegenstimme (DIE LINKE.):

I. Sachentscheidung:

1. Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung der Stadt Münster nimmt die aktuell bestehenden sowie für das Jahr 2017 prognostizierten Eckwerte und Rahmenbedingungen zur Kenntnis.
2. Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung der Stadt Münster nimmt die Schwerpunkte der Landesarbeitsmarktpolitik zur Kenntnis.
3. Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung der Stadt Münster beauftragt die Verwaltung, mit dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAIS NRW) zu den Bundeszielen nach § 48b SGB II „Verbesserung der Integrationsquote“ und „Reduzierung der Langzeitleistungsbeziehenden“ im Rahmen folgender Korridore

Veränderung der Summe der Integrationen:
von +100 bis +400 (+ 3,4 % bis + 13,6 %)

Veränderung des Bestands der Langzeitleistungsbeziehenden:
von +1,0 % bis +3,5 %

und zu dem weiteren Ziel des MAIS NRW im Rahmen dessen Schwerpunktsetzung „Integrationsquote der Langzeitleistungsbeziehenden“ im Rahmen des folgenden Korridors

Verbesserung der Integrationsquote der Langzeitleistungsbeziehenden:
von + 1,5 % bis +4,0 %

eine Zielvereinbarung abzuschließen.

4. Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung der Stadt Münster stimmt der kommunalen strategischen Ausrichtung und Schwerpunktsetzung zu.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Umsetzung der Entscheidung entstehen keine unmittelbaren Kosten für den städtischen Haushalt.

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0849/2016**

Basisinformationen Jobcenter Stadt Münster

Herr Voskamp beschrieb anonymisiert einen Einzelfall und stellte in diesem Zusammenhang die Frage nach der Zahl der eingeleiteten Bußgeldverfahren, insbesondere auch gegenüber ausländischen Leistungsberechtigten.

Frau Winkel stellte folgende Fragen:

- Wie hoch ist die Zahl der Widersprüche gegen die Festsetzung von Bußgeldern?
- Wie enden die Verfahren, die an die Staatsanwaltschaft oder den Zoll abgegeben werden?

Herr Kollmann bat die Verwaltung, die gestellten Fragen in einer Anlage zur Niederschrift zu beantworten – **Anlage 10**.

Herr Scholz beantragte, die Zahl der Bußgeldverfahren grundsätzlich in die Basisinformationen des Jobcenters für den Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung aufzunehmen und dies in der Niederschrift festzuhalten. Widerspruch hiergegen wurde nicht erhoben.

Herr Bierstedt beantwortete Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0765/2016**

Kommunale Projekte im Übergang Schule - Beruf

Die Vorlage wurde von der Tagesordnung abgesetzt. Sie soll in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung am 23.11.2016 beraten werden (s. Punkt 2 der Tagesordnung).

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0486/2016**

Rechts- und Ausländeramt stärken

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen / GAL und der CDU-Fraktion im Rat vom 06.04.2016 "Rechts- und Ausländeramt stärken" (A-R/0020/2016)

Frau Sonntag stellte die bereits getroffenen Maßnahmen zur Verbesserung der atmosphärischen und räumlichen Situation sowie zur Optimierung der Geschäftsprozesse in der Abteilung Ausländerbehörde des Rechts- und Ausländeramtes vor.

Frau Havermeier ergänzte die Ausführungen aus der Sicht des Personal- und Organisationsamtes.

Frau Havermeier, Frau Sonntag und Herr Niemeyer beantworteten Fragen der Mitglieder.

Herr Kollmann konstatierte, dass die Vorlage nicht beschlossen werden könne, weil sie in vielen Teilen durch die bereits umgesetzten Maßnahmen überholt sei. Für die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung am 23.11.2016 solle eine Ergänzungsvorlage vorgelegt werden, die den aktuellen Stand darlege.

Herr Reiners regte an, Vertreter der GGUA und anderer Träger einzuladen und die Situation in der Ausländerbehörde mit ihnen zu diskutieren. Frau Sonntag zeigte sich diesem Vorschlag gegenüber aufgeschlossen, regte aber an, dies erst zu einem Zeitpunkt zu realisieren, zu dem die getroffenen Maßnahmen Wirkung zeigten, um eine inhaltliche Diskussion mit Zukunftsperspektive führen zu können und den Fokus nicht nur auf die schwierige und mittlerweile verbesserte Situation in der Vergangenheit zu richten.

Frau Havermeier sagte eine Ergänzungsvorlage für die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung am 23.11.2016 zu.

**Punkt 10 der Tagesordnung
V/0563/2016**

Integrationsmonitoring 2015

Herr Köhnke stellte die Vorlage vor und beantworteten Fragen der Mitglieder.

Mitglieder aller Fraktionen und der Vertreter des Integrationsrates lobten die Vorlage.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung quittierte diese Äußerungen mit Beifall.

Herr Kollmann richtete den Appell an alle Parteien, bei der Aufstellung von Kandidaten eine größere Zahl von Menschen mit Migrationsvorgeschichte zu berücksichtigen.

**Punkt 11 der Tagesordnung
V/0348/2016/1**

**„Modell: Münster-Integration – Unusual aspects of
integration oder Die andere Blickrichtung in / für
Westfalen auf Integration“
hier: Modellbauprojekt „Wohnen für Alle“**

Die Vorlage wurde von der Tagesordnung abgesetzt. Angesichts des noch bestehenden Beratungsbedarfs, auch im Hinblick auf die Ergebnisse der für den 18.11.2016 geplanten Veranstaltung des Bundes Deutscher Architekten, wurde einstimmig beschlossen, die Vorlage in die nächste Beratungskette zu schieben (siehe Punkt 2 der Tagesordnung).

**Punkt 12 der Tagesordnung
V/0881/2016**

**Bewerbung zur Teilnahme am "Bundesprogramm
Mehrgenerationenhaus" (2017-2020) der Ev. Familienbildungsstätte Münster**

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage ohne Aussprache einstimmig und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Die Stadt Münster begrüßt und unterstützt die Bewerbung der Ev. Familienbildungsstätte Münster (Fabi) zur Teilnahme am Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus (2017-2020) des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend.

2. Vorbehaltlich der Beschlussfassung des Rates über die Haushaltssatzung 2017 erbringt die Stadt Münster bei Aufnahme der Einrichtung in das Bundesprogramm die Ko-Finanzierung des Mehrgenerationenhauses des Trägers Ev. Familienbildungsstätte Münster in Höhe von jährlich 10.000 Euro im Förderzeitraum 2017 bis 2020 (Summe für den Gesamtförderzeitraum 40.000 Euro).
3. Die Stadt Münster bindet das Mehrgenerationenhaus des Trägers Ev. Familienbildungsstätte Münster im Paul-Gerhard-Haus in die Koordinierung der vorhandenen und geplanten Angebote zur Gestaltung des demografischen Wandels in Münster und zur Sozialraumentwicklung des Stadtteils Münster-Mitte-Ost ein.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass für die verbindliche Ko-Finanzierung für die Jahre 2017 bis 2020 Gesamtkosten in Höhe von 40.000 Euro entstehen.

Es wird ferner zur Kenntnis genommen, dass die Umsetzung der Sachentscheidung unter dem Vorbehalt steht, dass der Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2017 bzw. der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die Verwaltung Mittel wie folgt bereitstellt:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0503	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe			Die Aufwendungen können aus dem vorhandenen Budget bestritten werden.
Zeile	15	Transferaufwendungen	2017	10.000	
			2018	10.000	
			2019	10.000	
			2020	10.000	

Punkt 13 der Tagesordnung Taschengeldbörse (Kommunale Seniorenvertretung)

Herr Schofer berichtete aus Sicht der älteren Menschen über die Taschengeldbörse und erklärte die Rolle der Kommunalen Seniorenvertretung. Er betonte die gute Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle der Kommunalen Stiftungen. Die kommunale Stiftung Magdalenenhospital hat in enger Kooperation mit der Seniorenvertretung Münster die Taschengeldbörse aufgebaut.

Frau Woldt ergänzte die Ausführungen und warb für eine ehrenamtliche Mitarbeit beim Matching.

Als Tischvorlage wurde ein Flyer über die Taschengeldbörse verteilt.

Herr Schofer und Frau Woldt beantworteten Fragen der Mitglieder.

Herr Kollmann begrüßte das Projekt ausdrücklich und wünschte weiterhin viel Erfolg.

**Punkt 14 der Tagesordnung
V/0745/2016**

**Städtische Zuschüsse in Aufgabenbereichen mit
Beratungskompetenz des ASSGVaf: Vorbereitung
der Beratung von Haushaltsanträgen, Bildung von
Zuschussgruppen, Richtlinien**

Mehrere Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lobten die Vorbereitungen der Haushaltsberatungen.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**Punkt 15 der Tagesordnung
V/0820/2016**

**Anträge zum Haushalt 2017 (Produktgruppen 0116,
0501, 0502, 0503, 0701 und 1003): Überblick**

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

**Punkt 16 der Tagesordnung
V/0816/2016**

**Die Novellierung der Trinkwasserverordnung
(TrinkwV): Auswirkungen in und für die Stadt
Münster**

Herr Dr. Lürwer stellte die Vorlage vor und beantwortete Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 17 der Tagesordnung

Verschiedenes

Herr Halberstadt dankte der Clearingstelle „Klar für Gesundheit“, die das Ziel hat, möglichst viele Menschen mit ungeklärtem Krankenversicherungsstatus in eine Krankenversicherung zu vermitteln. Es handelt sich dabei um ein auf drei Jahre angelegtes Modellprojekt, das durch das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes NRW gefördert wird. Herr Halberstadt äußerte die Hoffnung, dass das Land die Clearingstelle auch nach Ablauf der drei Jahre fördern werde.

gez.
Thomas Kollmann
Vorsitz

gez.
Barbara Hamisch
Schriftführung